



OFFENER BRIEF der Initiative Nein zur Bezahlkarte Berlin/Brandenburg

Sehr geehrter Herr Kai Wegner,
Sehr geehrte Frau Iris Spranger,
Sehr geehrte Frau Cansel Kiziltepe,
Sehr geehrter Herr Dietmar Woidke,
Sehr geehrte Frau Katrin Lange,
Sehr geehrte Frau Britta Müller,
Sehr geehrte Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses,
Sehr geehrte Abgeordnete des Brandenburger Landtags,

wir, die Initiative Nein zur Bezahlkarte Berlin/Brandenburg, sprechen uns entschieden gegen die Bezahlkarte aus. Wir fordern die Landesregierung Berlins sowie die Landkreise und kreisfreien Städte Brandenburgs auf, die Umsetzung dieses Systems zu stoppen bzw. wieder abzuschaffen. Trotz zahlreicher Appelle von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Menschenrechtsaktivist*innen haben die Bundesländer beschlossen, dieses diskriminierende System dennoch einzuführen. In einer Zeit zunehmender migrationsfeindlicher Rhetorik und rassistischer Gewalt wollen wir die Stimmen der Menschen verstärken, die am meisten von den Folgen dieser Politik betroffen sind.

Die Bezahlkarte als Instrument der Kontrolle und Ausgrenzung

Wie Sie sicherlich wissen, wurde die Bezahlkarte in erster Linie eingeführt, um die Zahlungen von Geflüchteten im Rahmen ihres Asylverfahrens zu kontrollieren. Es gibt ein monatliches Limit von 50 € Bargeld, das von der Karte abgehoben werden kann. Mit der Karte kann man nur in Geschäften bezahlen, die Debitkarten akzeptieren, was viele kleinere (oft günstigere) Geschäfte, Cafés, Bäckereien oder Märkte ausschließt. Es ist unmöglich, mit der Karte Verträge abzuschließen oder Online-Zahlungen zu tätigen oder rechtliche bzw. medizinische Rechnungen ohne vorherige Genehmigung durch die jeweiligen Behörden zu bezahlen.

Rückkehr zum entwürdigenden Gutscheinsystem unter neuem Namen

Geflüchteteninitiativen haben jahrzehntelang gegen das erniedrigende Instrument des Gutscheinsystems gekämpft. Bis 2015 erhielten Geflüchtete Gutscheine, die nur in bestimmten Geschäften und Regionen Deutschlands eingelöst werden konnten. Dank erfolgreicher Proteste wurde das Gutscheinsystem weitgehend eingestellt. In offensichtlicher Missachtung der geäußerten Bedenken beschloss die Bundesregierung die Einführung der Bezahlkarte, die zwar einen anderen Namen trägt, aber auf dem gleichen rassistischen System und der gleichen

Argumentation wie das Gutscheinsystem basiert. Wir fordern die zuständigen Behörden in Berlin und Brandenburg auf, die Bezahlkarte in ihren Kommunen zu verhindern. Sie ist ein Instrument der Segregation, der Kontrolle und der Repression – zudem ist sie mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden.

Migration lässt sich nicht durch finanzielle Restriktionen verhindern

Es ist offensichtlich, dass die Bezahlkarte aus höchst zweifelhaften Gründen eingeführt wurde. So wird argumentiert, die Karte diene der Abschreckung vor weiterer Migration nach Deutschland. Die Migrationsforschung und auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages haben jedoch längst nachgewiesen, dass finanzielle Faktoren nicht ausreichen, um zu erklären, warum sich Menschen auf gefährliche und oft lebensbedrohliche Reisen begeben. Die Bezahlkarte wird Menschen nicht davon abhalten, in Deutschland Zuflucht zu suchen – sie wird ihnen nur noch mehr Rechte, Würde und Entscheidungsfreiheit nehmen und damit rechte Narrative weiter befeuern.

Verstoß gegen Agenda 2030 / UN Nachhaltigkeitsziele

Die Einführung der Bezahlkarte und die Einschränkung, Geld zur Unterstützung der Familie in andere Länder zu schicken, stehen auch im Widerspruch zur Agenda 2030 bzw. den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, die die Bedeutung von Rücküberweisungen von Migranten für die Reduzierung von Ungleichheit und Armut klar anerkennen. Die Agenda 2030, zu der sich auch Deutschland bekennt, fordert daher den Abbau von Barrieren und die Senkung von Gebühren für Auslandsüberweisungen. Zudem ist es wissenschaftlich belegt, dass Geflüchtete und Asylsuchende nur selten Geld überweisen und wenn, dann nur sehr geringe Beträge von 20 bis 30 Euro, da ihre finanziellen Möglichkeiten sehr begrenzt sind. Es stellt sich daher die Frage, warum entgegen der empirischen Evidenz und den Empfehlungen internationaler Organisationen die finanzielle Freiheit von Asylsuchenden derart eingeschränkt wird.

Hohe Kosten und bürokratischer Mehraufwand für Kommunen

Die Bezahlkarte bedeutet auch einen erheblichen finanziellen und administrativen Aufwand für die Landkreise. Sie wird zu einem zusätzlichen Arbeitsaufwand für die zuständigen Ämter führen, deren Mitarbeiter*innen bereits überlastet sind. Die exorbitant hohen Kosten der Karte sind zudem angesichts der massiven Haushaltskürzungen besonders unangemessen. So hat Brandenburg bereits 1,9 Millionen Euro für die Einführung der Bezahlkarte ausgegeben, wobei in dieser Summe die laufenden Wartungskosten noch nicht enthalten sind. Die Kosten für Berlin werden auf 5 Millionen Euro pro Jahr geschätzt. Das ist sehr verschwenderisch, denn es gibt längst eine einfache, kostengünstige und praxistaugliche Alternative: die Überweisung der Leistungen auf ein Basiskonto. Diese Lösung würde den Aufwand im Vergleich zu Bargeldausgaben erheblich reduzieren und zugleich die finanzielle Selbstbestimmung der Betroffenen gewährleisten – ohne Länder und Kommunen in Abhängigkeit von internationalen Finanzdienstleistern wie Visa und Mastercard zu bringen.

Verletzung von Grundrechten und Datenschutz

Die Bezahlkarte ist rechtlich höchst bedenklich und verletzt grundlegende Menschenrechte und die Würde von Geflüchteten. Sie basiert auf dem segregierenden und verfassungswidrigen Asylbewerberleistungsgesetz

(AsylbLG), das Asylbewerber*innen effektiv aus den regulären Sozialsystemen ausschließt. Während die Leistungen, die nach dem AsylbLG gewährt werden, bereits deutlich unter dem Existenzminimum liegen, verstößt die Bezahlkarte weiter gegen Artikel 1 des Grundgesetzes, indem sie den Empfänger*innen verbietet, dieses geringe Geld frei auszugeben. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat 2012 entschieden, dass die Menschenwürde nicht für politische Zwecke relativiert werden darf. Die missbräuchliche Verwendung von Sozialleistungen zur Abschreckung von Migration ist damit unzulässig.

Die Bezahlkarte wird die Diskriminierung durch das AsylbLG verstärken und damit das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) verletzen – wie von der Berliner Senats-Ombudsstelle für das LADG in Bezug auf das restriktive Bargeldlimit bestätigt. Nicht nur ist das restriktive Bargeldlimit ein ungerechtfertigtes Hindernis, die Bezahlkarte schränkt das tägliche Leben der Empfänger auch weiter ein, indem sie ihnen verbietet, in Geschäften frei zu bezahlen oder Überweisungen zu tätigen. Die Bezahlkarte ist ein Instrument der Kontrolle und Repression und greift in das Recht der Empfänger auf Selbstbestimmung ein. Dies ist Teil einer sich vertiefenden Krise des EU-Grenzregimes und seiner feindlichen Asylpolitik sowie einer Fortsetzung staatlicher Gewalt und Ausgrenzung.

Schließlich haben Datenschutzbeauftragte, wie die Landesbeauftragte für den Datenschutz Brandenburg Dagmar Hartge, ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Bezahlkarte geäußert, insbesondere in Bezug auf das sogenannte „Whitelist“-Verfahren, das die Erhebung von sensiblen Informationen beinhaltet, die besonders geschützt sind. Die Konferenz der Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder hat erklärt, dass die Weitergabe des Ausländerzentralregisters (AZR), das den Zugriff auf hochsensible Daten ermöglicht, an Nichtregierungsorganisationen unzulässig ist.

Schaffen Sie die Bezahlkarte jetzt ab!

Bereits zahlreiche Städte und Gemeinden haben sich gegen die Einführung der Bezahlkarte entschieden, darunter **Potsdam sowie Kommunen in Nordrhein-Westfalen wie Düsseldorf, Aachen, Dortmund, Krefeld, Münster und Wiesbaden**. Diese Kommunen beweisen, dass es möglich ist, eine menschenwürdige Alternative zu schaffen und sich der rassistischen Abschreckungspolitik der Bundesregierung zu widersetzen.

Aus diesen Gründen fordern wir Sie auf, die Bezahlkarte in Ihrem Zuständigkeitsbereich zu verhindern oder abzuschaffen!



OPEN LETTER from the Initiative Nein zur Bezahlkarte Berlin/Brandenburg

Dear Kai Wegner,

Dear Iris Spranger,

Dear Cansel Kiziltepe,

Dear Dietmar Woidke,

Dear Katrin Lange,

Dear Britta Müller,

Dear Members of the Berlin House of Representatives,

Dear Members of the Brandenburg State Parliament,

We, the Initiative Nein zur Bezahlkarte Berlin/Brandenburg, strongly object to the Bezahlkarte and urge Berlin and Brandenburg's *Landkreise* and *kreisfreie Städte* to stop the further implementation of this system. After numerous appeals by civil society organizations and human rights activists, the federal states have decided to go ahead with this abhorrent system nonetheless. At a time of intensifying anti-migration rhetoric and racist violence, we want to amplify the voices of the people who are most affected by the outcome of this politics.

The Bezahlkarte as a Tool of Control and Exclusion

As you are aware, the Bezahlkarte is being introduced to control the payments of refugees within their asylum procedure. There is a limit of 50€ of cash one can withdraw from the card per month. One can only pay with the card in shops that accept debit cards, which excludes many smaller (often more affordable) shops, cafes, bakeries, or markets. To further complicate matters, it is impossible to use the card for contracts and online payments or to pay legal or medical fees without prior approval by the respective authorities.

A Return to the Humiliating Voucher System

Refugee movements have struggled for decades against the humiliating instrument of the voucher system. Until 2015, refugees were given vouchers that could only be redeemed in certain shops in various regions in Germany. Due to successful protests, the use of vouchers was mostly discontinued. In blatant disregard of the raised concerns, the German government decided to implement the Bezahlkarte, under a different name but within the same racist system and argumentative frame. We call upon the relevant authorities to prevent or abolish the Bezahlkarte within their communes. It is an instrument of segregation, control, and repression, as detailed below. It is also unnecessarily costly.

Financial Restrictions Do Not Prevent Migration

First, it is unmistakable that the Bezahlkarte has been introduced on highly dubious grounds. The stated aim of the card is deterrence. However, migration research and even the Bundestag's Research Service have long shown that financial factors are insufficient to explain why people embark on dangerous and often life-threatening journeys. The Bezahlkarte will not deter people from seeking refuge in Germany; it will only further take away people's rights, dignity and freedom of choice, which will serve to strengthen right-wing agendas.

Undermining the UN Sustainable Development Goals

Also, the introduction of the Bezahlkarte and the restriction on sending money to support one's family in other countries contradicts the United Nations Agenda 2030/Sustainable Goals, which clearly recognises the importance of migrants' remittances in reducing inequality and poverty. Agenda 2030, to which Germany is also committed, therefore calls for the removal of barriers and the reduction of fees for sending money. Moreover, it has been proven that refugees and asylum seekers rarely send money, and if they do, it is very small amounts of 20 to 30 euros, as they have very limited financial possibilities. It is therefore questionable why the financial freedom of asylum seekers is being restricted to such an extent, against the empirical evidence and recommendations of international organisations.

High Costs and Bureaucratic Burden for Local Authorities

As has become evident, the Bezahlkarte constitutes a heavy financial and administrative burden for districts. It will result in additional workloads for the responsible offices, whose employees are already overworked. Moreover, the exceedingly high costs associated with the card are particularly unreasonable considering massive budget cuts. Notably, Brandenburg already spent 1.9 million Euros for the introduction of the Bezahlkarte and this doesn't yet include the ongoing maintenance costs. Berlin's costs are estimated at 5 million Euros per year. This is very wasteful, as there is already a simple and free solution that would not only save the hassle of monthly cash withdrawals but would also be less restrictive for asylum seekers: a basic bank account. Transferring benefits to a bank account rather than to the Bezahlkarte would also prevent states and municipalities from becoming dependent on international oligopolies such as Visa and Mastercard.

Violating Fundamental Rights and Data Protection

Importantly, the Bezahlkarte is legally objectionable and violates the fundamental human rights and dignities of refugees. It is based on the segregating and unconstitutional *Asylbewerberleistungsgesetz* (AsylbLG), effectively excluding asylum seekers from regular social security systems. While the benefits granted under the AsylbLG are already significantly below the subsistence level, the Bezahlkarte further violates Article 1 of the constitutional law by preventing recipients from spending this little money freely. The constitutional court (BVerfG) ruled in 2012 that human dignity must not be relativized for political purposes. Abusing social benefits with the aim of deterring migration is inadmissible.

Fundamentally, the Bezahlkarte will increase the discrimination by the AsylbLG, thus violating the *Landesantidiskriminierungsgesetz* (LADG) – as confirmed by the Berlin Senate's *Ombudsstelle für das LADG* regarding the

restrictive cash limit. Not only is its restrictive cash limit an unjustifiable hurdle, the Bezahlkarte further restricts people's everyday lives by preventing recipients from freely paying in shops or making transfers. The Bezahlkarte is a tool of control and repression and infringes upon recipients' right of self-determination. This is part of a deepening crisis of the EU border regime and its hostile asylum policies, and a continuation of state violence and exclusion.

Last but not least, data protection advocates such as the Brandenburg State Commissioner for Data Protection, Dagmar Hartge, have raised serious concerns about the Bezahlkarte, notably about the so-called "whitelist" procedure, which entails the collection of sensitive information that is subject to special protection. The Conference of the Federal and State Data Protection Supervisory Authorities has stated that passing on the *Ausländerzentralregister* (AZR), which allows access to highly personal and sensitive data, to non-governmental bodies is illegal.

Abolish the Bezahlkarte now!

Potsdam and numerous municipalities in North Rhine-Westphalia (such as Düsseldorf, Aachen, Wiesbaden, Dortmund, Krefeld, or Münster) have already made use of the opt-out clause of the law that introduced the Bezahlkarte. These municipalities show that it is possible to not follow the government's idea of racist deterrence.

For these reasons, we urge you to prevent or abolish the Bezahlkarte within your areas of authority!